

14.06.2013

## Kleine Anfrage 1335

der Abgeordneten Dirk Schatz und Frank Herrmann PIRATEN

### **Gewalt gegen Polizeibeamte – Präventionsmöglichkeiten ausschöpfen**

Im Rahmen der Sitzung des Innenausschusses am 6. Juni 2013 hatten deren Mitglieder die Möglichkeit, in das Lagebild des LKA zur „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ Einsicht zu nehmen. Bereits einen Monat zuvor wurde die Presse über die Ergebnisse informiert, und Meldungen wie z.B. „Die Gewalt gegen Polizisten wird immer schlimmer“ wurden veröffentlicht. Tatsächlich ist die Zahl der verletzten Beamten jedoch um 3,1% zum Vorjahr zurückgegangen.

Dennoch, die Schädigung des eigenen Körpers schmerzt und hinterlässt Spuren, nicht nur körperlich, sondern auch seelisch. So beschreibt es auch die von Karoline Ellrich, Dirk Baier und Christian Pfeiffer erarbeitete Studie zum Thema „Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in zehn Bundesländern“. Nordrhein-Westfalen hat seine Teilnahme leider kurzfristig wieder zurückgezogen.

Es scheint jedoch geboten, die erzielten Ergebnisse auch auf die Polizistinnen und Polizisten in NRW analog anzuwenden. Ein zentraler Punkt dieser Studie ist die Antwort auf die Frage, ob der jeweilige Übergriff hätte verhindert oder schwere Verletzungsfolgen hätten verringert oder verhindert werden können. Danach gaben zwischen 15,1 % und 20,3 % der Befragten an, dass dies möglich gewesen wäre z.B. durch bessere psychische oder körperliche Verfassung, bessere Einschätzung der Situation oder Vermeidung von Alleingängen. Die Hälfte der viktimisierten Beamten äußerte auch Kritik an der Fürsorgepflicht des Dienstherrn, die bei der Vorbereitung auf zukünftige und der Verarbeitung geschehener Gewalttaten vernachlässigt werde. Bei einem Drittel aller Übergriffe lag eine unzureichende Absprache bezüglich der Aufgabenverteilung vor dem Einsatz vor. Unter den genannten Präventionsvorschlägen war die Forderung, dass in verstärktem Maße die Möglichkeit bestehen sollte, eigenen sowie Verhaltensfehler von Kollegen offen anzusprechen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeit bestehenden Möglichkeiten für Polizeibeamtinnen und -beamten, wenn sie eigene Verhaltensfehler oder Verhaltensfehler von Kollegen und Vorgesetzten ansprechen möchten (bitte begründen)?

Datum des Originals: 13.06.2013/Ausgegeben: 14.06.2013

2. Wie wird die Vertraulichkeit dieser Informationen geschützt?
3. Welche Fortbildungen zum Thema „Gewalterfahrungen und ihre Bewältigung“ werden derzeit angeboten?
4. Wie sieht derzeit die Nachbereitung von Gewaltübergriffen aus?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit, eine externe empirische Studie in Auftrag zu geben, die Situationen untersucht, in denen Polizeibeamtinnen und -beamte Opfer von Gewalt geworden sind?

Dirk Schatz  
Frank Herrmann